

Zeitschrift für Erwachsenenbildung in Deutschland

Ausgabe 2/2025

Hessische Blätter für Volksbildung

Politische Bildung –
Neue Wege, neue Möglichkeiten

Erwachsenenbildung

vhs Hessischer
Volkshochschulverband

wbv

E-Journal Einzelbeitrag
von: Michael Görtler

Rechtspopulismus als Herausforderung der politischen Erwachsenenbildung

aus: Politische Bildung – Neue Wege, neue Möglichkeiten
(HBV2502W)
Erscheinungsjahr: 2025
Seiten: 39 - 47
DOI: 10.3278/HBV2502W004

Der Rechtspopulismus, der in den Sozialwissenschaften aktuell als Erscheinungsform einer Krise der Demokratie diskutiert wird, stellt auch für die politische Erwachsenenbildung eine Herausforderung dar. Im Spiegel der Debatten in der politischen Erwachsenenbildung um Möglichkeiten einer professionellen Begegnung des Rechtspopulismus werden im vorliegenden Beitrag Diskurse, Zugänge und Aufgaben in exemplarischer Weise angerissen.

Right-wing populism, which is currently being discussed in the social sciences as a manifestation of a crisis of democracy, also poses a challenge for adult political education. Reflecting the debates in adult political education about the possibilities of a professional approach to right-wing populism, this article outlines discourses, approaches and tasks in an exemplary manner.

Schlagworte: Rechtspopulismus; politische Erwachsenenbildung; Demokratie; Sozialraum; Right-wing populism; political adult education; democracy; social space

Zitiervorschlag: Görtler, Michael (2025). *Rechtspopulismus als Herausforderung der politischen Erwachsenenbildung*. *Hessische Blätter für Volksbildung*, 75(2), 39-47. Bielefeld: wbv Publikation. <https://doi.org/10.3278/HBV2502W004>



Rechtspopulismus als Herausforderung der politischen Erwachsenenbildung

MICHAEL GÖRTLER

Zusammenfassung

Der Rechtspopulismus, der in den Sozialwissenschaften aktuell als Erscheinungsform einer Krise der Demokratie diskutiert wird, stellt auch für die politische Erwachsenenbildung eine Herausforderung dar. Im Spiegel der Debatten in der politischen Erwachsenenbildung um Möglichkeiten einer professionellen Begegnung des Rechtspopulismus werden im vorliegenden Beitrag Diskurse, Zugänge und Aufgaben in exemplarischer Weise angerissen.

Stichwörter: Rechtspopulismus; politische Erwachsenenbildung; Demokratie; Sozialraum

Abstract

Right-wing populism, which is currently being discussed in the social sciences as a manifestation of a crisis of democracy, also poses a challenge for adult political education. Reflecting the debates in adult political education about the possibilities of a professional approach to right-wing populism, this article outlines discourses, approaches and tasks in an exemplary manner.

Keywords: Right-wing populism; political adult education; democracy; social space

1 Einleitung

Angesichts aktueller gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen, die von Wissenschaft und Politik als Bedrohung oder Gefahr für das System markiert werden, beispielsweise die Verbreitung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder antidemokratischer Einstellungen in der Bevölkerung, wird über eine Krise der Demokratie diskutiert. In diesem Zusammenhang kommt dem Erstarken rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien in Deutschland und Europa eine besondere Bedeutung zu,

beispielsweise aufgrund deutlich sichtbarer Phänomene wie etwa einer Verschiebung in gesellschaftlichen Diskursen oder einem Rechtsruck in der Politik. Während die Bundesregierung darauf unter anderem mit der Finanzierung von Bundesprogrammen und Einzelprojekten zu Demokratieförderung und Extremismusprävention reagiert, setzt sich die politische Erwachsenenbildung aus unterschiedlichen Blickwinkeln mit der Frage auseinander, wie sie mit diesen Entwicklungen umgehen kann. Vor diesem Hintergrund wird im vorliegenden Beitrag erst der Rechtspopulismus diskutiert, bevor der Fokus auf die politische Erwachsenenbildung gerichtet wird.

2 Rechtspopulismus

2.1 Rechtspopulismus als komplexes Phänomen

Aktuelle Wahlen auf nationaler, europäischer oder globaler Ebene zeigen, dass rechtspopulistische Parteien und Bewegungen auf dem Vormarsch sind. So gibt beispielsweise die Mitte-Studie 2022/23 (Zick et al. 2023) Aufschluss über rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland. Dabei geben Ergebnisse wie etwa „Rechtsextreme Einstellungen sind stark angestiegen und weiter in die Mitte gerückt“, „Ein Teil der Mitte distanziert sich von der Demokratie, ein Teil radikalisiert sich“ oder „Menschenfeindliche Einstellungen sind wieder auf hohem Niveau“ Grund zur Besorgnis im Hinblick auf den Status der Demokratie.

Die Begriffe „Populismus“ bzw. „Rechtspopulismus“ sind schwer zu greifen. So gibt es unterschiedliche Ausdrucksformen des Populismus, die sich in zahlreichen Bewegungen und Parteien manifestieren. Die Populismusforschung definiert den Begriff – in Abgrenzung zum Sprachgebrauch im Alltag bzw. in den Medien – über mehrere Kriterien: „Hier wird mit Populismus in erster Linie eine Haltung umschrieben, die für das sogenannte ‚einfache‘ Volk und gegen die herrschenden gesellschaftlichen und politischen Eliten Partei ergreift. Der Populismus befindet sich also in Opposition zum (angeblichen) Establishment und verzichtet deshalb bewusst auf die Zustimmung relevanter Bevölkerungsteile. Gerade dieser Außenseiterstatus verschafft ihm Glaubwürdigkeit unter seinen Anhängern.“ (Decker & Lewandowsky 2017)

Zur Erklärung des Rechtspopulismus wird eine Reihe von Ansätzen herangezogen, die den Fokus z. B. auf individuelle, psychosoziale, gesellschaftliche oder ökonomische Faktoren richten. Als ein möglicher Grund gelten „Modernisierungskrisen; sie treten auf, wenn infolge zu raschen Wandels oder zu großer Verwerfungen bestimmte Bevölkerungsgruppen Wert- und Orientierungsverluste erleiden. Diese Verluste gehen mit Statusangst, Zukunftsunsicherheit und politischen Entfremdungsgefühlen einher.“, als ein anderer „die subjektive Deprivation, das heißt die Angst vor sozialem Abstieg, gepaart mit dem Gefühl, politisch machtlos und von den etablierten Parteien und Politikern nicht vertreten zu sein“ (Decker & Lewandowsky 2017). May (2020, S. 123) sieht die Ursachen unter anderem in „gesellschaftlichen und politischen Verwerfungen (...) und den damit verbundenen Ohnmachtserfahrungen und Anerken-

nungsverlusten“, „aufgeworfenen Repräsentationslücken“ oder „eine schlicht im politischen System vorfindbare politische Orientierung“.

Decker & Lewandowsky (2017) sprechen von „vier (Aufgaben-)Feldern“ im Umgang mit diesem Phänomen: Erstens „bedarf es auf der nationalen wie auf der europäischen Ebene einer Politik, die ökonomischen und sozialen Zusammenhalt der Gesellschaften wieder stärker in den Mittelpunkt rückt“, zweitens „muss man beim Rechtspopulismus versuchen, der Konkurrenz auf deren eigenem Feld zu begegnen – der Wertepolitik“, drittens „gilt es deutlich zu machen, warum eine Politik, die die Märkte auf der europäischen und transnationalen Ebene reguliert und dazu nationale Zuständigkeiten abgibt (bzw. abzugeben bereit wäre), dennoch im nationalen Interesse ist“, und viertens „müssen die Parteien sich nach außen hin gegenüber den Bürgern öffnen. Dies verlangt nach einem anderen Repräsentations- und Organisationsverständnis, das mit dem heutigen Modell der von oben gesteuerten Mitglieder- und Funktionärsparteien bricht“ (ebd.).

2.2 Rechtspopulismus als Erscheinungsform einer Krise der Demokratie

Der Begriff der Krise fällt häufig in aktuellen Diskursen in Gesellschaft und Wissenschaft. In den Sozialwissenschaften kursieren Gesellschaftsdiagnosen wie etwa die Postdemokratie oder die postfaktische Gesellschaft, die krisenhafte Entwicklungen thematisieren, beispielsweise eine „Krise der Demokratie“ als Herausforderung für Politik und politische Bildung (exemplarisch BpB 2021). Im Spiegel solcher Gesellschaftsdiagnosen, beispielsweise einer „Krise der Spätmoderne“ (exemplarisch Reckwitz & Rosa 2021), wird der Rechtspopulismus als Erscheinungsform einer Krise des gesellschaftlichen und politischen Systems beschrieben, u. a. in Gestalt einer Entdemokratisierung, die sich auf verschiedenen Ebenen manifestiert: als Bedeutungsverlust demokratischer Ideale wie Repräsentation und Partizipation, als Vertrauensverlust der Bürger:innen in politische Akteur:innen und staatliche Institutionen etc.

So identifiziert Colin Crouch eine „Postdemokratie“ (2008, S. 10), in der „Politik hinter verschlossenen Türen gemacht (wird): von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten“, während die „Mehrheit der Bürger dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle“ spielt. Schäfer & Zürn (2021, S. 11) stellen eine „demokratische Regression“ fest: „Zum einen geht es um die zunehmende Distanz der demokratischen Praxis vom Ideal der kollektiven Selbstbestimmung, weil Entscheidungen in nicht durch Wahlen legitimierte und kaum durch die Bürgerinnen kontrollierte Gremien verlagert werden. Zum anderen beinhaltet die demokratische Regression in unserem Verständnis die Abwendung von (Teilen der) Bürgerinnen von der Demokratie, weil sie sich nicht länger repräsentiert fühlen.“ Die hier beschriebene Diskrepanz betrifft Aspekte wie etwa die Kritik an Entscheidungsprozessen (z. B. propagierter Sachzwang), Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung (z. B. direkte Demokratie) oder abnehmende Zufriedenheit mit der Demokratie als Staatsform (z. B. Performanz des politischen Systems). Besonders schwer wiegen in diesem Zusammenhang Gefühle wie Ohnmacht oder Bedeutungslosigkeit bei den Bürger:innen (z. B. nicht gesehen, nicht gehört, nicht selbstwirksam fühlen), weil sie

vom Ideal einer Demokratie durch das Volk und für das Volk abweichen. Ausdrucksweisen dieser Entwicklungen sind nicht zuletzt Phänomene wie etwa Politikferne, Politik- oder Politikerverdrossenheit, Nicht-Wahl oder Protest-Wahl sowie unkonventionelle oder illegale Partizipation, um für Sichtbarkeit zu sorgen, sich Gehör zu verschaffen oder Selbstwirksamkeit zu erfahren. Rechtspopulistische Bewegungen und Parteien versuchen solche Krisensymptome für sich zu nutzen, indem sie den Bürger:innen eine – vermeintlich – schnelle und einfache Alternative zum als defizitär wahrgenommenen gesellschaftlichen und politischen System anbieten, die bis zur Infragestellung demokratischer Mechanismen reicht (Decker & Lewandowsky 2017).

Resümierend dauert die Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus als Erscheinungsform einer Krise der Demokratie, insbesondere aufgrund der Komplexität dieses Phänomens, weiter an. Die hier genannten Punkte betreffen vor allem die Politik und nicht die (politische) Bildung. Neben strukturellen Aspekten (z. B. soziale und ökonomische Probleme, die politisch zu bearbeiten sind), die eine wesentliche Rolle spielen, ist (politische) Bildung ein weiterer Einflussfaktor. Im Spiegel von Selbst- und Fremdzuschreibungen (Stichwort: Wunsch und Wirklichkeit) muss sich die politische Erwachsenenbildung jedoch fragen, ob und wie sie dem Rechtspopulismus professionell begegnen kann.

3 Politische Erwachsenenbildung

3.1 Diskurse

Im Kontext der Debatten in der politischen Erwachsenenbildung um eine professionelle Begegnung des Rechtspopulismus sind erstens unterschiedliche Diskurse zu erkennen. So werden im Fachdiskurs Begriffs- und Verhältnisbestimmungen im Kontext fließender Übergänge von Erwachsenenbildung, non-formaler bzw. außerschulischer Bildung sowie formaler bzw. schulischer politischer Bildung sichtbar, beispielsweise Perspektiven aus Wissenschaft und Praxis auf politische Bildung in Bezug auf den Rechtspopulismus (Boehnke et al., 2019), eine Krise der Demokratie (Hentges 2020) oder die Gestaltung der Demokratie durch Bildungs- und Sozialarbeit (Möller et al. 2023).

Zum einen kommen unterschiedliche *Ansätze* zur Geltung. Dies betrifft beispielsweise die Frage nach dem „Politischen“ in der Erwachsenenbildung (Grotlischen et al. 2020) oder dem „Kritischen“ in der politischen (Erwachsenen-)Bildung (Chehata et al. 2024). So versteht Fritz Reheis (2014) politische Bildung generell als kritisch, beispielsweise in Form einer Analyse und Gestaltung der Gesellschaft (z. B. in Anbetracht sozialer und ökonomischer Verwerfungen). Einen Orientierungspunkt in der Debatte gibt die „Frankfurter Erklärung für kritisch-emanzipatorische politische Bildung“ (Frankfurter Erklärung 2015), die politische Bildung in ihrer Gesamtheit – also sowohl formal bzw. schulisch als auch non-formal bzw. außerschulisch – betrachtet und dabei die folgenden Schwerpunkte setzt: „Krisen, Kontroversität, Machtkritik, Reflexivität, Ermutigung, Veränderung“. In Bezugnahme auf diese Positionen kann die politische

Erwachsenenbildung nicht nur über sich, beispielsweise Ziele und Inhalte, sondern auch über ihre strukturelle Einbettung, beispielsweise Auftrag und Finanzierung nachdenken.

Zum anderen werden Annäherungen an andere Disziplinen erkennbar. Dies betrifft etwa die *Soziale Arbeit*, die niedrigschwellige und offene, aber auch handlungs- und zielgruppenübergreifende Formate politischer Bildung nutzt. Es gibt in Theorie und Praxis von (politischer) Bildungsarbeit mit Erwachsenen einige Schnittstellen zwischen dem Sozialen und dem Politischen, die in non-formalen und informellen Bildungsprozessen zur Geltung kommen. So macht die Fachstelle politische Bildung auf ihrer „Landkarte der Praxis“ (Transfer für Bildung 2023) Verbindungen zwischen politischer Bildung und Sozialer Arbeit sichtbar, die sich auch auf die (politische) Bildungsarbeit mit Erwachsenen erstrecken. So finden sich im Fachdiskurs Auseinandersetzungen mit „sozialarbeitsorientierter Erwachsenenbildung“ (Miller 2003), „Erwachsenenbildung in der Sozialen Arbeit“ (Metzger 2011) oder „Politische Bildung und Sozialer Arbeit“ (Thimmel & Schäfer 2020). Im Zusammenhang dieser Einlassungen werden aktuell Handlungskonzepte, Methoden und Arbeitsprinzipien der Sozialen Arbeit in Bezug auf ihre politischen Bildungspotenziale reflektiert (exemplarisch Görtler & Miesen 2024).

3.2 Zugänge

Im Kontext der Debatten in der politischen Erwachsenenbildung um eine professionelle Begegnung des Rechtspopulismus wird zweitens nach Möglichkeiten des Zugangs zu Menschen mit rechtsextremen oder demokratiegefährdenden Einstellungen gesucht. Eine solche Möglichkeit könnte eine *sozialraumorientierte politische Erwachsenenbildung* bieten, die den Sozialraum sowohl als politischen als auch als Bildungsraum fasst, um die Urteils- und Handlungsfähigkeit der Bürger:innen im Kontext des Politischen zu fördern.

Das Handlungskonzept der *Sozialraumorientierung* (exemplarisch Becker 2020) gilt in der Sozialen Arbeit als etabliert. Hierbei wird der Sozialraum – in Bezugnahme auf die Sozialwissenschaften – als durch soziales Handeln (z. B. Interaktion, Partizipation) konstruierter Raum betrachtet, in dem individuelle wie kollektive Erfahrungen (z. B. Erfahrungen von Ohnmacht oder Selbstwirksamkeit im Rahmen des politischen Handelns) und Deutungen (z. B. Demokratieverständnis, Erklärungen und Antworten im Spiegel der Krise) geteilt werden. Vor diesem Hintergrund könnte die politische Erwachsenenbildung versuchen, sich solche sozialen Räume (z. B. offen, halb-offen oder geschlossen) als *Räume politischer Bildung*, die außerhalb institutioneller Strukturen (z. B. Bildungsstätten) verortet sind, zu erschließen. Infrage kommen dabei prinzipiell alle Räume, in denen non-formale und informelle Bildungsprozesse ermöglicht werden können, sowohl in realer als auch virtueller Form. Dies betrifft beispielsweise Handlungs- und Erfahrungsräume im Kontext sozialer Bewegungen, zivilgesellschaftlichen Engagements, politischer Aktionen, Initiativen, von Projekten oder Debatten in sozialen Netzwerken etc. Dabei kann der Sozialraum als intermediäre Ebene zwischen Lebenswelt und politischer Welt (z. B. Demokratie als Lebens-, Gesellschafts- und

Herrschaftsform bei Gerhard Himmelfmann) verstanden werden, weil er zu beiden Seiten hin anschlussfähig ist. Da sich im Sozialraum also das Politische im gemeinsam geteilten Alltag der Menschen manifestiert, können – im Sinne des exemplarischen Lernens (z. B. aus soziologisch-historischer Perspektive bei Oskar Negt) – Zusammenhänge der Lebenswelt über den Sozialraum hin zur Struktur hergestellt werden (z. B. Reflexion der gesellschaftlichen Bedingungen und ihrer Wirkungen auf die Lebensverhältnisse der Betroffenen).

Als *Handlungsprinzipien der Sozialraumorientierung* werden unter anderem die Orientierung am Willen, den Ressourcen und der Hilfe zur Selbsthilfe der Adressat:innen genannt, wobei zielgruppen- und bereichsübergreifend sowie kooperativ agiert werden soll. Im Anschluss daran wäre für die politische Erwachsenenbildung die Entwicklung von Angeboten denkbar, die an Menschen gerichtet sind, welche die gleiche oder ähnliche Erfahrungen im Kontext des Politischen gemacht haben und Deutungen teilen, wie etwa nicht gesehen oder gehört zu werden, ein Gefühl der Ohnmacht oder fehlende Selbstwirksamkeit zu haben. Mit Blick auf die Interessen und Handlungsfähigkeit der Menschen ginge es dabei um gemeinsame Arbeit an der Demokratie anstelle von Nicht- oder Protest-Wahl als Reaktion auf Unzufriedenheit oder Vertrauensverlust. Im Anschluss an das Konzept des Empowerment wäre damit die Idee verbunden, die Menschen (wieder) zu befähigen, demokratische Mechanismen zu nutzen, um an der Gesellschaft teilzuhaben und sich politisch zu beteiligen (z. B. Demokratie bzw. demokratisches Handeln lernen).

Im Sinne einer dialogischen Strategie, die – im Gegensatz zu einer repulsiven Strategie – auf einen Austausch zwischen politischen Erwachsenenbildner:innen und Personen mit rechtsextremen oder demokratiegefährdenden Einstellungen abzielt (May 2020), kommen handlungsleitende Prinzipien in Betracht, die einen Zugang zu Menschen abseits konventioneller, beispielsweise wissens- oder handlungsorientierter Formate ermöglichen. Ein Beispiel ist die *Emotionsorientierung*, welche die Emotionen bzw. Gefühle der Teilnehmenden zum Gegenstand politischer Bildungsprozesse machen will (exemplarisch Petri, 2019; Besand et al., 2019), beispielsweise im Hinblick auf die Wechselwirkung von Rationalität und Emotionalität bzw. Verstand und Gefühl in Politik und Bildung. In diesem Kontext erscheint für die politische Erwachsenenbildung eine weiterführende Auseinandersetzung mit Fragen nach der Ermöglichung eines solchen Zugangs, beispielsweise durch emotionsorientiertes didaktisches Handeln (z. B. Emotionalisierung) oder emotionsorientierte Angebote (z. B. Erfahrungslernen), aber auch den Herausforderungen, die damit verbunden sind (z. B. Gefahr der emotionalen Überwältigung, Irrationalität), gewinnbringend. Nicht zuletzt in Anbetracht solcher Zuschreibungen wie „Wutbürger:innen“ oder „besorgte Bürger:innen“, die mit spezifischen Emotionen und Gefühlen verknüpft sind, stellt sich die Frage nach solchen alternativen Zugängen gegenwärtig in besonderer Weise.

3.3 Aufgaben

Im Kontext der Debatten in der politischen Erwachsenenbildung um eine professionelle Begegnung des Rechtspopulismus, insbesondere mit Blick auf die Umsetzung der eben genannten Zugänge, werden schließlich auch Aufgaben sichtbar, die es zu bearbeiten gilt.

Eine erste Aufgabe in Bezug auf die professionelle Begegnung des Rechtspopulismus besteht in der *Qualifizierung* (z. B. Fort- und Weiterbildung) für politische Erwachsenenbildner:innen. So ist die Ausbildung an unterschiedlichen Hochschulen sowie in unterschiedlichen Fachbereichen und Studiengängen angesiedelt, beispielsweise in vereinzelt Masterstudiengängen oder Studiengängen der Erwachsenenbildung/Weiterbildung (z. B. als Modul oder Vertiefung). In der Folge fehlen gemeinsame Ziele und Inhalte (z. B. ein Kerncurriculum) zur Qualifizierung für die politische Bildungsarbeit mit Menschen mit rechtsextremen oder demokratiegefährdenden Einstellungen. So wird beispielsweise an der Schnittstelle von politischer Erwachsenenbildung und Sozialer Arbeit, die im Kontext einer sozialraumorientierten politischen Erwachsenenbildung von besonderem Interesse ist, Handlungsbedarf hinsichtlich gemeinsamer Standards im Umgang mit Rechtspopulismus deutlich, die vermittelt werden können.

Eine zweite Aufgabe in Bezug auf die professionelle Begegnung des Rechtspopulismus ergibt sich aus der im direkten Vergleich zur politischen Bildung bzw. Politikdidaktik und Erwachsenenbildung/Weiterbildung wenig entwickelten *Forschung*. Wie die Fachstelle politische Bildung mit ihrer „Landkarte der Forschung zur politischen Bildung“ (Transfer für Bildung 2024) zeigt, führt die politische Erwachsenenbildung ein Nischendasein. So sind dort für die Disziplin „Erwachsenenbildung/politische Erwachsenenbildung“ 27 Wissenschaftler:innen und Forschungseinrichtungen gelistet. Forschung – und damit verbundene wichtige Aspekte wie etwa didaktische Theoriebildung, Analyse von Adressat:innen oder Zielgruppen – findet daher im Schatten der Erwachsenenbildung (z. B. berufliche Bildung) oder der formalen bzw. schulischen politischen Bildung (z. B. Politikdidaktik) statt. Ebenfalls an der Schnittstelle von Sozialer Arbeit und politischer Erwachsenenbildung besteht hier Handlungsbedarf, beispielsweise hinsichtlich der Entwicklung eines gemeinsamen Professionalitätsbegriffs in der politischen Bildung, der disziplinäre Grenzen überschreitet.

4 Fazit und Ausblick

Wie der vorliegende Beitrag zu zeigen versuchte, fordert der Rechtspopulismus als Erscheinungsform einer Krise der Demokratie nicht nur die Politik, sondern auch die politische Erwachsenenbildung heraus. Im Kontext der Debatten in der politischen Erwachsenenbildung um eine professionelle Begegnung dieses Phänomens kommen Diskurse, Zugänge und Aufgaben zum Vorschein, die in exemplarischer Weise angegriffen wurden. So könnte beispielsweise eine Orientierung in Richtung neuer Zugänge wie etwa der Sozialraumorientierung oder Emotionsorientierung der – in der

(politischen) Erwachsenenbildung zentralen – Teilnehmendenorientierung neue handlungsleitende Prinzipien zur Seite stellen. Dabei wäre vor allem ein Ausbau der Forschungslandschaft angezeigt, um sich mit Fragen der Qualifikation und des Umgangs mit Rechtspopulismus weiterführend auseinandersetzen zu können. Dafür bräuchte es vor allem eines, das in der politischen Erwachsenenbildung erfahrungsgemäß als knappes Gut gilt, nämlich finanzielle Ressourcen.

Literatur

- BpB (2021). Zustand der Demokratie. *APuZ*, 71/26–27.
- Becker, M. (Hrsg.) (2020). *Handbuch Sozialraumorientierung*. Kohlhammer.
- Besand, A., Overwien, B. & Zorn, P. (Hrsg.) (2019). *Politische Bildung mit Gefühl. Vom Umgang mit Gefühlen und anderen Kleinigkeiten im Feld von Politik und politischer Bildung*. Wochenschau Verlag.
- Boehnke, L., Thran, M. & Wunderwald, J. (Hrsg.) (2019). *Rechtspopulismus im Fokus. Theoretische und praktische Herausforderungen für die politische Bildung*. Springer VS.
- Chehata, Y., Eis, A., Lösch, B., Schäfer, S., Schmitt, S., Thimmel, A., Trumann, J. & Wohning, A. (Hrsg.) (2024). *Handbuch kritische politische Bildung*. Wochenschau.
- Crouch, C. (2008). *Postdemokratie*. Suhrkamp.
- Decker, F. & Lewandowsky, M. (2017). *Rechtspopulismus: Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien*. <https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/240089/rechtspopulismus-erscheinungsformen-ursachen-und-gegenstrategien/>.
- Diebäcker, M. (2016). Aufsuchende Soziale Arbeit. In F. Kessl & C. Reutlinger (Hrsg.), *Handbuch Sozialraum*. Springer VS.
- Frankfurter Erklärung (2015). *Frankfurter Erklärung für eine kritisch-emanzipatorische Politische Bildung*. https://akg-online.org/sites/default/files/frankfurter_erklaerung.pdf.
- Görtler, M. & Miesen, V. (2024). Politische Bildung in Lebenswelt, Sozialraum und Gemeinwesen. In Y. Chehata et al. (Hrsg.), *Handbuch kritische politische Bildung*, 404–412. Wochenschau.
- Grotlüschen, A., Schmidt-Lauff, S., Schreiber-Barsch, S. & Zeuner, C. (Hrsg.). *Das Politische in der Erwachsenenbildung*. Wochenschau.
- Hentges, G. (Hrsg.) (2020). *Krise der Demokratie – Demokratie in der Krise? Gesellschaftsdiagnosen und Herausforderungen für die politische Bildung*. Wochenschau.
- May, M. (2020). „Der Herausforderung entgegentreten“. In I.-C. Panreck (Hrsg.), *Populismus – Staat – Demokratie. Staat – Souveränität – Nation*, 111–133. Springer VS.
- Metzger, M. (2011). *Erwachsenenbildung in der Sozialen Arbeit*. VS.
- Miller, T. (2003). *Sozialarbeitsorientierte Erwachsenenbildung. Theoretische Begründung und Praxis*. Luchterhand.
- Möller, K., Neuscheler, F. & Steinbrenner, F. (Hrsg.) (2023). *Demokratie gestalten! Herausforderungen und Ansätze für Bildungs- und Sozialarbeit*. Kohlhammer.
- Petri, A. (2018). *Emotionssensibler Politikunterricht. Konsequenzen aus der Emotionsforschung für Theorie und Praxis politischer Bildung*. Wochenschau.

- Reckwitz, A. & Rosa, H. (2021). *Spätmoderne in der Krise. Was leistet die Gesellschaftstheorie?* Suhrkamp.
- Reheis, F. (2014). *Politische Bildung. Eine kritische Einführung*. Springer VS.
- Schäfer, A. & Zürn, M. (2021). *Die demokratische Regression*. Suhrkamp.
- Thimmel, A. & Schäfer, S. (2020). *Politische Bildung und Soziale Arbeit*. <https://profession-politischebildung.de/grundlagen/bildungsbereiche/soziale-arbeit/>
- Transfer für Bildung e.V. (2023). *Topografie der Praxis politischer Bildung*. <https://transfer-politische-bildung.de/transfermaterial/topografie-der-praxis/>.
- Transfer für Bildung e.V. (2024). *Landkarte der Forschung zur politischen Bildung*. <https://transfer-politische-bildung.de/transfermaterial/forschungslandkarte/>.
- Zick, A., Küpper, B. & Mokros, N. (2023). *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung v. Franziska Schröter. J. H. W. Dietz.

Autor

Michael Görtler, Prof. Dr., Professor für Theorien und Geschichte der Sozialen Arbeit, OTH Regensburg

Review

Dieser Beitrag wurde nach der qualitativen Prüfung durch das Peer-Review und die Redaktionskonferenz am 23. Januar 2025 zur Veröffentlichung angenommen.

This article was accepted for publication following a qualitative peer review at the editorial meeting on the 23th of January 2025.